



# Infobrief II – 2017

## Mennonitisches Friedenszentrum Berlin



**"Ich kann ohne das mindeste Zögern sagen,  
dass, wer behauptet, Religion habe nichts mit  
Politik zu tun, nicht weiß, was Religion  
bedeutet."  
Mahatma Gandhi**

**Liebe Leser, liebe Leserinnen,**

„Was heißt eigentlich konkret „Freikirchen im gesellschaftlichen Dialog“? Wie sieht das aus, die „Vertretung der friedenskirchlichen Position am Sitz der Bundesregierung?“ Das werde ich häufig gefragt – von daher widmet sich der vorliegende Infobrief drei Veranstaltungen, in die das MFB in den letzten Monaten auf dem „politischen Parkett Berlins“ involviert war: Zwei fanden im Auswärtigen Amt und eine im Bundesministerium für Verteidigung statt – eine exemplarische Auswahl, die hoffentlich ein kleines Spektrum der Arbeit in Berlin widerspiegelt.

Rechtzeitig zur „politischen Sommerpause“ sollen die Berichte hoffentlich bei Sonnenschein und im Urlaub gelesen werden können.

Wenn dann der Herbst kommt, findet wieder am letzten Wochenende im November die gemeinsame Herbsttagung von DMFK und MFB statt – diesmal in Berlin. Auch dazu sind ab Seite 11 alle wichtigen Informationen zu finden.

Was sich hinter „Wikipedia for Peace“ verbirgt, kann ab Seite 13 ausfindig gemacht werden.

Und was sonst noch alles passiert ist, findet sich auch im nächsten Supplement der „Brücke“ -

in diesem Sinne verbleibe ich  
mit herzlichen Grüßen

## Inhalt

|                                      |    |
|--------------------------------------|----|
| Neues aus der politischen Hauptstadt | 3  |
| Herbsttagung 2017                    | 11 |
| Wikipedia for Peace                  | 13 |
| Übrigens...                          | 15 |

Mennonitisches Friedenszentrum  
Berlin (MFB)

Postanschrift: M. Basso, Rixdorfer  
Straße 16, 12487 Berlin

Tel.: 0049 – (0)30 – 30365929

Mobil: 0049 – (0)172 2017939

Email:  
[menno.friedenszentrum@email.de](mailto:menno.friedenszentrum@email.de)

[www.menno-friedenszentrum.de](http://www.menno-friedenszentrum.de)

Fotos: Martina Basso u.a.

Layout:  
Martina Basso

V.i.S.d.P.: Martina Basso



## Neues aus der politischen Hauptstadt

### **“Friedensverantwortung der Religionen” – Auftaktveranstaltung im Mai 2017 im Auswärtigen Amt**

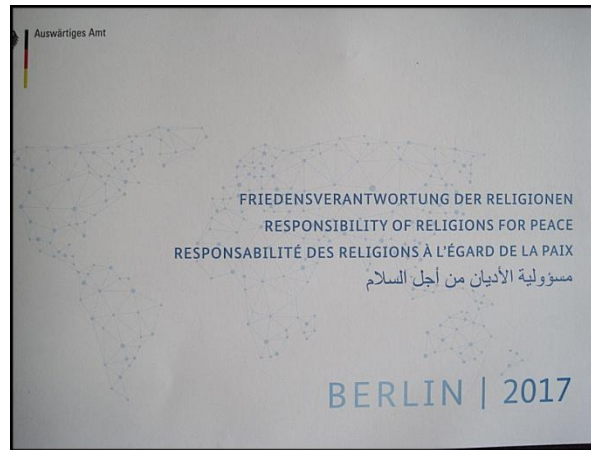
„Religion wird heute in der öffentlichen Debatte häufig als Ursache von Gewalt wahrgenommen. Dabei erheben die meisten Religionen den Anspruch, friedfertig zu sein, und es gibt beeindruckende Beispiele religiös begründeter Friedensstiftung. Zugleich bekennen sich weltweit immer mehr Menschen zu einer Religion. Religionsvertreter genießen vielfach Vertrauen und Unterstützung in ihren Gesellschaften“ – soweit die Antwort des Auswärtigen Amts (AA) zu der Frage, warum es sich mit der Friedensverantwortung der Religionen beschäftigt. Dazu fand am 22. Mai die Auftaktveranstaltung im Welsaal des Auswärtigen Amtes in Berlin-Mitte statt. In der Eröffnungsrede von Außenminister Sigmar Gabriel wurde deutlich, dass diese Veranstaltung kein „einmaliger Event“ bleiben soll, sondern dass das AA (Auswärtiges Amt) ein hohes Interesse an Kontinuität habe. Gabriel sprach von einer notwendigen „religiösen Alphabetisierung“ der deutschen DiplomatenInnen: Religiöse Radikalisierung sei die eine Sache, die im übrigen kein neues Phänomen sei, Religion als Teil der unterschiedlichen Gesellschaft wahrzunehmen eine Notwendigkeit, um differenzierte Einblicke zu erlangen. Aus der Vielfalt der Funktionen und Aufgabengebiete von Religionen solle der nun startende „Multilog“ sich auf Frieden schaffen konzentrieren. Zudem gehe es in erster Linie darum, den Blick auf das Konstruktive zu lenken. Gabriel machte deutlich: Es bestehe Freiheit für alle Religionen, keine aber stehe über der Verfassung. Ebenso benannte er explizit die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und den Schutz der Homosexuellen. Im Rückgriff auf den Ausspruch des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff („Der Islam gehört zu Deutschland“) betonte Gabriel, dass Wulffs Satz Realität sei, die deutsche Politik müsse dies allerdings auch leben und erklären. Das tiefe Wissen um Versöhnung sei ein Schatz aller Religionen. Die Kräfte von Religionen mögen dort mobilisiert werden können, wo Gesellschaft auseinanderzubrechen drohe.

Der Oberrabbiner Dr. David Rosen bekräftigte in seiner Ansprache, dass interreligiöse Kooperation eine Ressource für politische Verantwortliche sein könne.

Die Vorsitzende des Zentralausschusses des Ökumenischen Rats der Kirchen, Dr. Agnes Abboum gab als Beispiel einen Einblick in den interreligiösen Dialog in Kenia: Die Hauptpunkte seien dort die spirituelle Würde des Menschen, Geschlechtergerechtigkeit und Friedenserziehung der Jugendlichen. Während des Podiums, auf dem der Außenminister vom Staatssekretär Walter Lindner, langjährig im Diplomatendienst tätig, vertreten wurde, ging es u.a. um die Frage, ob Religion eher als Ordnungsfaktor oder als Fakt der Veränderungen betrachtet werden könne. Einig waren sich alle, dass Religion ein Koordinatensystem für Werte darstellen könne. Der Großmufti in Bosnien und Herzegowina, R.H. Kavazovic, unterstrich die Wichtigkeit der Vermittlungsfunktion von religiösen VertreterInnen. Zudem bemerkte er aus seiner Erfahrung in Südosteuropa, dass multi-ethnische Gesellschaften wesentlich verletzlicher sind, wenn es eben keine Friedensbemühungen gäbe: Religiöse Personen hätten oft als Letzte die Möglichkeit des Zugangs in Krisen- und Kriegsgebiete. Folgende Wünsche für den weiteren Prozess, den das AA mit dem Treffen anstoßen will, kamen vom Podium: Die positiven Geschichten von der Basis mögen aufgewertet werden; es müssen für jede und jeden eine gemeinsame Plattform gefunden werden; Netzwerke mögen aufgebaut werden. Dass der Erfolg in den kleinen Schritten läge, daran erinnerte zum Schluss noch einmal der Großmufti.

Mehr als hundert RepräsentantInnen unterschiedlichster Religionsgemeinschaften aus 53 Ländern hatten sich zu der Dialogveranstaltung eingefunden.

Während der sich der Auftaktveranstaltung anschließenden Konferenz diskutierten die religiösen RepräsentantInnen in Arbeitsgruppen, wie sich ihre Gemeinschaften für Konfliktprävention, Mediation und Versöhnungsarbeit einsetzen können.



Laut Aussage des AA gehe es dem Ministerium auch darum, seine außenpolitischen Werkzeuge weiterzuentwickeln. „Religion, Glaube - das sind nicht nur Fragen nach der persönlichen Identität, sondern sie definieren auch die Realitäten innerhalb einer Gesellschaft“, betonte Gabriel. Ohne die Perspektive der Kirchen und Glaubensgemeinschaften könnten die zahlreichen regionalen Konflikte der Welt von heute kaum noch verstanden oder gar gelöst werden, so Gabriel weiter. Über die Konferenz hinaus strebe das Auswärtige Amt darum an, ein Netzwerk für interreligiösen Dialog aufzubauen, das als Frühwarnsystem und Ausgangsbasis für Gespräche vor Ort dienen kann.

Schon heute unterstützt das Auswärtige Amt interreligiöse Friedensprojekte, wie beispielsweise die katholische Laienbewegung Sant'Egidio bei ihren Projekten in Mosambik oder die muslimischen Dar al Fatwa beim innersunnitischen Dialog im Libanon. Diese Öffnung der Außenpolitik für mehr Impulse aus der Zivilgesellschaft ist Teil der strategischen Neuausrichtung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik: weg von einer Außenpolitik zwischen Staaten und hin zu einer Außenpolitik der Gesellschaften.

Diese Initiative des AA ist grundsätzlich zu begrüßen: Zu lange wurde die Bedeutung religiöser Akteure in Bezug auf Konflikttransformationen unterschätzt, wenn nicht sogar als problematisch angesehen. Ebenfalls macht es Sinn, sich die jeweils spezifischen Kontexte (Kontinente, Länder, Religionen und Religionsgemeinschaften) anzusehen. Vor allem im Zusammenhang von Heilungs- und Versöhnungsprozessen können Religionen und/oder deren VertreterInnen eine prägende Rolle spielen – wie z.B. der emeritierte anglikanische Bischof Desmond Tutu in Südafrika.

Andererseits ist es geboten, politischen Bemühungen Einhalt zu gebieten, die ihren politischen Interessen durch Funktionalisierung religiöser Gefühle und Symbole stärkere Geltung verschaffen wollen: Der Missbrauch des Opfer- und Märtyrergedankens führt nicht selten zu Konfliktverschärfung und Gewaltförderung.

Religionsgemeinschaften können wegweisende Beispiele für die konstruktive und gewaltfreie Bewältigung gesamtgesellschaftlicher Prozesse sein – wie z.B. das Ecumenical Churchleaders Forum in Simbabwe.

Dennoch – bei aller Wertschätzung der politischen Initiative – müssen eventuelle Versuchungen bedacht werden (hier folge ich den Überlegungen von Dr. Jörg Lüer, Justitia et Pax, Berliner Büro):

- Instrumentalisierung religiöser Akteure für staatliche Agenden
- Mangelnder Respekt vor der Eigenständigkeit und den gewachsenen internationalen Beziehungen innerhalb der Religionsgemeinschaften
- Unbewusste Verschiebung des eigenen Versagens auf die religiösen Akteure

Dass das AA überhaupt seinen Blick auf religiöse Akteure in Konfliktsituationen und Friedensprozessen richtet, ist bei allen kleineren oder größeren Bedenken bezüglich des Verhältnisses von Staat und Kirche deutlich zu begrüßen.

---

### **„Was würde Jesus dazu sagen?“ – Martin Niemöllers Ausspruch und das Auswärtige Amt**

"Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte." (Martin Niemöller in: *"Was würde Jesus dazu sagen?"*, Frankfurt/Main 1986, S. 9/13)



An diesen Ausspruch des evangelischen Pastors Martin Niemöller, der im „Dritten Reich“ zur Bekennenden Kirche gehörte und von den Nazis verhaftet wurde, musste ich bei der Internationalen Konferenz im Auswärtigen Amt (AA) am 1. Juni denken:

„Time To React – Zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume stärken“ - so lautete der Titel der Konferenz. Worum ging es bei der gemeinsamen Veranstaltung von AA und der Hirschfeld-Eddy-Stiftung?

„Trotz der positiven Entwicklung und Stärkung der Demokratiebewegungen in vielen Ländern gibt es eine entgegengesetzte globale Tendenz. Zivilgesellschaften sind bedroht durch Maßnahmen von autoritären, aber auch von demokratischen Staaten. 'Before I knew what 'shrinking space' was supposed to mean, our organization was affected' (bevor ich überhaupt wusste, was 'schrumpfender Spielraum' bedeuten sollte, war unsere Organisation bereits betroffen), sagt H. Tiphagne, Direktor der indischen Nichtregierungsorganisation (NRO) People's Watch. Die Maßnahmen haben viele

Formen, es sind formal rechtmäßige Gesetze und Verwaltungsvorschriften, die z.B. Frauenrechtsgruppen, Stiftungen, Menschenrechtsorganisationen und Organisationen betreffen, die z.B. zu Landrechten oder Umweltschutz arbeiten. Relativ neue Gesetze zur Wahrung nationaler Werte oder Identität stellen vage politisch missliebiges Handeln unter Strafe. Die notwendige Registrierung von NROs wird erschwert. Internationale Anti-Geldwäschegesetze beeinträchtigen die Arbeit. Die Finanzierung von Organisationen aus dem Ausland wird schwieriger.

Organisationen, die für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans\* und Inter\* (LSBTI) arbeiten, kennen seit langem Probleme mit Registrierungen, besonders in Staaten, die homosexuelle Handlungen unter Strafe stellen. Neu sind wie in Russland sogenannte Anti-Propagandagesetze, die jede positive Erwähnung von Homosexualität – auch zur gesundheitlichen Aufklärung – unter Strafe stellen und verbieten. International weniger bemerkt werden Anti-NRO-Gesetze, die z.B. in Uganda erlassen wurden, angeblich, um die 'nationale Würde' zu schützen. Diese treffen LSBTI in besonderer Weise, denn sie sind häufig die ersten, gegen die vorgegangen wird.“ (aus der Konferenzbeschreibung).



## HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG

Da kam er mir zum ersten Mal in den Sinn, der Ausspruch von Pastor Martin Niemöller: "Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte."

In der ersten Runde der Konferenz ging es darum, AktivistInnen verschiedener NROs zu Wort kommen zu lassen:

Iva Dobichina, stellvertretende Direktorin einer osteuropäischen NRO, stellt klare Anzeichen eines „closing space“ (sich schließender Spielraum) für NROs fest: Die LSBTI-Organisationen sind die ersten, die es trifft im Rahmen des neuen Populismus. Zu erkennen, dass es alle NROs treffen kann bzw. wird, muss zu Allianzbildungen und gemeinsamen Medienkampagnen führen.

Gulya Sultanova, Unterstützerin des ersten Internationalen LSBTI-Filmfestivals in Russland, berichtete, dass seit 2011 offene Hetzkampagnen seitens des russischen Staates in Gang gesetzt wurden. 2013 wurde dann das „Propaganda-Gesetz“ verabschiedet, dass sämtliche „nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen“ verbietet. Öffentliche Aufrufe zu Gewalt und Mord geschahen, fortgesetzt von einer generellen Hetze gegen die Zivilgesellschaft. Das „ausländische Agentengesetz“ von 2014 hat es dann geschafft, dass nur ein kleiner Teil aller NROs überlebt hat.

Pastor Niemöllers Spruch ging mir nun als „Dauerschleife“ durch den Kopf.

Julia Ehrh, Direktorin von „Trans Gender Europe“, berichtete, dass zwischen 2008 und 2016 weltweit 2343 Morde an Transgender-Menschen (früher als „Transsexuelle“ bezeichnet) verübt wurden – die Tätergruppe Polizei stand dabei an vierter Stelle. Durch Verordnungen der Trump-Regierung in den

USA könnte es in naher Zukunft möglich sein, dass NROs sämtliche finanzielle Unterstützungen entzogen würden.

Mir geht die letzte Mennonitische Weltkonferenz 2015 in Pennsylvania durch den Kopf und ergänze in Gedanken bitter: „... was viele unserer mennonitischen Schwestern und Brüder in den USA freuen wird...“ - und ich frage mich erneut nach der Beziehung zwischen Friedenskirche und Menschenwürde – bzw. -rechte.



Kasha Nabagesera, Trägerin des alternativen Nobelpreises 2015, erzählte davon, dass in Uganda der Prozess des „shrinking space“ (der schrumpfende Spielraum) bereits seit 2006 im Gange sei: Selbst diejenigen, die erkannt hätten, dass heute die LSBTI-NROs betroffen seien und morgen sie selbst, zögen sich mit ihren Solidaritätsbemühungen zurück, weil sie dadurch selbst viel intensiver diffamiert und bedroht würden.

Die zweite Runde der Konferenz befasste sich auf einem Podium mit der Frage des „Wie weiter?“. Jens Wagner, Moderator und Stabsmitglied im AA, erwähnte, dass das AA Mitglied der „Corps-Group Rights of LGBTI“ der UNO sei. Ebenso sei Kasha (siehe oben) auf Intervention des AA vor einigen Tagen aus dem Gefängnis in Uganda freigelassen worden.

Bärbel Kofler, Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, wies darauf hin, dass „andere Narrative“ der Menschenrechte in den Mittelpunkt gerückt werden müssten: Nachhaltige Entwicklung gelänge nur mit Einhaltung der Menschenrechte – LSBTI sei ein Menschenrecht. Wichtig seien auch „Best Practice“ - Beispiele: 5 hohe außenpolitische Vertreter in der EU hätten deutlich kritisch auf die Menschenrechtsverletzungen bezüglich LSBTI in Tschetschenien reagiert; zu bestimmten Anlässen hissten Deutsche Botschaften auch die Regenbogenflagge. Kreativere Lösungen bei Projektanträgen seien vonnöten, um nicht in Konflikt mit den behindernden Gesetzen und Verordnungen nationalistischer Staaten zu geraten.

Der Tag im AA hat mir noch einmal deutlich gezeigt, dass funktionierende Staaten der Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und einer starken Zivilgesellschaft bedürfen. Es geht eben nicht allein um Minderheitenrechte bei LSBTI, sondern um den Schutz der Menschenrechte aller – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder sexueller Identität.

## **Das MFB im Bundesministerium der Verteidigung – Sicherheitspolitischer Dialog mit Kirchen und Religionsgemeinschaften**

23 Menschen, davon 9 Militärs, 3 Militärseelsorger, drei VertreterInnen vom Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung , 6 kirchliche VertreterInnen, ein Vertreter des Zentralrats der Juden und ein Vertreter des Zentralrats der Muslime fanden sich im Bendler-Block an der Stauffenbergstraße ein: „Zur Rolle von Religionen in aktuellen Konflikten am Beispiel Iraks“ lautete das Thema der Runde. Geladen hatte der politische Direktor des Bundesministeriums der Verteidigung. Prof. Dr. Harald Suermann vom Missionswissenschaftlichen Institut Missio gab einen kompakten Überblick über die christlichen Kirchen im Irak und deren aktuelle Situation. Dachte ich bis dahin, ich sei doch sehr fit, was die unterschiedlichen christlichen Denominationen betrifft, so musste ich feststellen, dass die Bandbreite der unterschiedlichen orientalischen Kirchen meinen Wissenshorizont eindeutig sprengte: Nicht nur gibt es eine Armenisch-apostolische, sondern auch eine Armenisch-katholische Kirche – um nur ein Beispiel zu nennen. Neben der Vertreibung und Ermordung einer hohen Anzahl von ChristInnen, die Prof. Suermann allen noch einmal vor Augen führte, ging es um die Frage der Einrichtung von sogenannten Autonomie-Zonen, um irakische Gesetzgebung, um Anforderungen für ein Bleiben der ChristInnen im Irak und um die Frage nach dem Friedenspotential der ChristInnen.



Das anschließende Gespräch hat mich sehr nachdenklich gemacht und viele Fragen aufgeworfen:

- Zum Stichwort „vernetzte Sicherheit“:

Als Begriff und Konzept wird das Stichwort zum ersten Mal 2006 im Weißbuch des Bundesministeriums für Verteidigung eingeführt und folgendermaßen definiert: „Vernetzte Sicherheit beschreibt den sicherheitspolitischen Ansatz, verschiedene Instrumente, insbesondere (aber nicht ausschließlich) militärische, polizeiliche, diplomatische, entwicklungspolitische und humanitäre, so zu bündeln und aufeinander abzustimmen, dass in Krisenregionen, in denen bewaffnete Konflikte ausgetragen werden, ein koordiniertes, kohärentes und nachhaltiges Handeln internationaler Akteure erreicht wird. Dahinter steckt die Annahme, dass Interventionen in Bürgerkriege und gewaltsam ausgetragene Konflikte bzw. die Unterstützung eines Landes in einer

direkten Nachkriegssituation („Friedenskonsolidierung“) unterschiedliche Aktivitäten erfordert, die – je nach Art und Umfang der Zerstörungen - von der Unterstützung bzw. Reform der Sicherheitskräfte über humanitäre Hilfe, Räumen von Minen und Blindgängern, (Wieder-)Aufbau von Infrastruktur, Landwirtschaft und Gesundheitssystem, Unterstützung von Wahlen bis zum Aufbau bzw. Reform von Verwaltungsstrukturen und Rechtssystem gehen können. Je nach Aufgabe sollen einerseits unterschiedliche, oft auch international zusammengesetzte Expertenteams eingesetzt werden, andererseits soll sichergestellt werden, dass die verschiedenen Aktivitäten externer Fachleute aufeinander abgestimmt sind.“ (Quelle: Wikipedia) Im Mai 2010 sorgte dann das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für große Aufregung bei Nichtregierungsorganisationen (NRO). Das Ministerium verknüpfte die Vergabe von Projektmitteln in Afghanistan mit der Bedingung, dass sich NRO dem Konzept der vernetzten Sicherheit unterordnen. Im Laufe der darauf folgenden Diskussionen und Konsultationen wurde anerkannt, dass eine zu enge Vernetzung und zivil-militärische Kooperation auch Handlungsräume einschränken kann. Ebenfalls bleibt nach wie vor die Frage offen nach der Definition von „Sicherheit“.

Mir erschien es jedenfalls so, als wenn alle außer mir im Konferenzraum des Ministeriums dieses Konzept als selbstverständlich und unumstößlich betrachteten – oder wie habe ich es zu interpretieren, dass mit den Worten „Frieden und Sicherheit“, „Sicherheitsbasis“ und „vernetzte Sicherheit“ - bildlich betrachtet – wie selbstverständlich jongliert wurden? Ob alle dasselbe unter diesen Begriffen verstanden, bleibt fraglich.

Für mich jedenfalls ist das Stichwort „Sicherheit“ eines, das ganz oben auf der „To-Do-Liste“ für zukünftige Herbsttagungen steht.

- Dialog der Religionen:

Ein Professor der Orientalistik gab zu bedenken, dass 1. Die ChristInnen im Irak für die Fehler des Westens leiden müssten und 2. Dass es Dialog vor Ort nicht erst gäbe, seitdem westlichen ChristInnen vor Ort seien, sondern dass er eine jahrhundertelange Tradition vor allem zwischen den „Stammesführern“ habe – und damit, wie er bemerkte -, übrigens eine höhere Rolle als die der religiösen Führer habe.

Ist also die Frage, wo es bereits religiöse Ansätze zur „Stabilisierung“ des Landes gebe, aus westeuropäischem Blickwinkel und in Unkenntnis der Historie gestellt? Nicht einfacher macht dies die Erkenntnis, dass eine Trennung von ethnischer und religiöser Zugehörigkeit nicht immer klar möglich sei – und die Uneinigkeit unter den verschiedenen christlichen Kirchen kommt erschwerend hinzu.

- Handlungsräume:

Die Bemerkung des selben Professors, dass die BRD ja durch die Verbindung zu den Peschmerga-Milizen einen großen Einfluss gewonnen habe, ließ mich innerlich zusammenzucken: Es ist doch mittlerweile nicht nur Spiegel-LeserInnen bekannt, dass die gelieferten Waffen zuhauf auf den Schwarzmärkten zum Weiterverkauf gehandelt wurden und werden – das „Konzept“ der Einflussnahme durch Waffenlieferungen hat bekanntlich noch nie geklappt...

Zwei andere Beispiele haben mich allerdings aufhorchen lassen: Die BRD hat Kooperationen zwischen Verfassungsrechtlern der beiden Länder zur Erstellung einer „rechtsstaatlichen“ Verfassung im Irak. Das Auswärtige Amt setzt auf Kooperationen durch Schulbuchprojekte: Aus neu zu entwickelnden Schulbüchern sollen die diffamierenden und diskriminierenden gegenseitigen Stereotypen verschwinden – in anderen Ländern, mit denen das AA diesbezüglich kooperiert, wird die wichtige Erfahrung gemacht, dass der Prozess der gemeinsamen Erstellung letztendlicher entscheidender zur Veränderung des Bewusstseins beigetragen habe als das „Endprodukt“.

Fazit:

Die Wichtigkeit solcher Möglichkeiten des Austausches ist als hoch zu bewerten. Es täte allen Denominationen gut, solche Dialoge mit Ministerien als gute Gelegenheiten zur Kooperation zu betrachten – die kritische Begleitung jedoch nicht zu vernachlässigen. Bei aller Freude über die von mir vor einigen Jahrzehnten für nicht möglich gehaltenen sachlichen Dialoge (hätte mir jemand bei den großen Friedensdemos erzählt, dass ich dereinst mit hohen Militärs im Bendler-Block an einem Tisch sitzen würde, hätte ich mich sehr um die psychische Gesundheit meines Gegenübers gesorgt ob des damals noch vorherrschenden Geistes der Deutschen Wehrmacht unter vielen der Generäle) bleibt der Hinweis auf das „Wächteramt der Kirche“ – wie es unsere reformierten Geschwister dereinst formulierten. In die Friedenserklärung der VDM ging dies mit folgender Formulierung ein: „Es gibt keinen Bereich des Lebens, in dem unser Glaube an Jesus Christus nicht die oberste Instanz unserer Entscheidungen und Handlungen sein soll“ (S.11). Weiter steht in der Friedenserklärung: „Wir widersprechen der Anwendung kriegerischer Gewalt.“ (ebenda). Nach wie vor – 8 Jahre danach – ist nicht ausdiskutiert, wie es denn mit militärischer Gewalt aussieht... Verhält sich mennonitische Friedenstheologie „komplementär“ zur Theologie des gerechten Friedens der EKD, wie es der leitende Militärdekan der EKD, Dr. Dirck Ackermann sieht, oder ist noch mehr? Solche Gedanken können schon mal auftauchen, wenn höfliche und zuvorkommende Uniformierte den Weg zum Ausgang eskortieren...



## Gemeinsame Herbsttagung 2017

### „Traglast überschritten? - Populismus, Demokratie und 'Volkes Wille'“

Gemeinsame Herbsttagung des Deutschen Mennonitischen Friedenskomitees (DMFK) und des Mennonitischen Friedenszentrums Berlin (MFB)



„Einer trage des anderen Last“ - so heißt es im Galaterbrief (Gal.6,1).

Aber was ist,

- wenn populistische Tiraden nicht mehr zu ertragen sind?
- wenn die Zerrissenheit innerhalb der Gesellschaft Diskurse fast unmöglich erscheinen lässt?
- wenn eine Gesprächs- und Diskussionskultur an gegenseitiger Ablehnung und Sprachlosigkeit zu scheitern droht?

Wenn Friedensarbeit der „rote Faden im Miteinander (ist), um eine Kultur des Friedens aufzubauen“ (Friedenserklärung der VDM), dann fordert dies auf, Wege aus der Polarisierung, aus der Zerrissenheit zu finden - aber wie?

Neben einem inhaltlichen Impuls durch ein Referat und einem kleinen Pilgerweg zu Gedenkstätten und Mahnmalen in Berlin wird es während der Tagung Gelegenheiten zu Erfahrungsaustausch und Begegnung geben.

**Termin:** 24. - 26. November 2017

**Beginn:** Freitag 18.00 Uhr mit dem Abendessen

**Ende:** Sonntag 13.00 Uhr mit dem Mittagessen

**Tagungsort:** Mennonitisches Friedenszentrum Berlin, Menno-Heim,  
Promenadenstraße 15b,  
12207 Berlin

**Hauptreferent:**

Dr. Roland Löffler, designierter Direktor der sächsischen Zentrale für politische Bildung

**Tagungskosten inkl. Verpflegung:** 70,00 Euro

**Übernachtung:** in Mehrbettzimmern im Menno-Heim (40,00 Euro – Achtung: begrenzt!)

**Weitere Übernachtungsmöglichkeiten (BITTE SELBST BUCHEN!):**

[www.zimmervermietung-casa-chabeli.de](http://www.zimmervermietung-casa-chabeli.de)

[www.pension-dalg.de](http://www.pension-dalg.de)

[www.miles-hotel.de](http://www.miles-hotel.de)

**Anmeldung bis 1.11.2017:**

MFB, c/o Martina Basso,

Rixdorfer Straße 16,

12487 Berlin

030 – 303 659 29

menno-friedenszentrum@email.de

## Wikipedia for Peace in Berlin

### Wie das Internet 16 Menschen aus aller Welt im Menno-Heim zusammenbringt – eine Mutmachgeschichte

Mein Handy klingelt – eine Anfrage von Saskia Ehlers, ob ich die Arbeit des MFB beim diesjährigen Workshop von „Wikipedia for Peace“ vorstellen würde. Wikipedia – ist das nicht die Quelle für schier alles, was mensch „mal eben“ im Internet anklickt, um über irgendetwas einen ersten Überblick zu erhalten? Ich frage vorsichtig nach, was denn bitte meine Rolle bei Wikipedia sein soll. Geduldig erklärt mir die Enkelin eines mir bekannten, vor einigen Jahren verstorbenen Gemeindeglieds der Berliner Mennoniten-Gemeinde das Projekt: Wikipedia for Peace sei eine Bewegung, die 2015 in Österreich entstanden sei. Menschen aus aller Welt sollen lernen, wie sie am Onlinelexikon Wikipedia mitwirken können. Wikimedia e.V. (der Verein, der hinter Wikipedia



steckt) kooperiert dazu mit der Nichtregierungsorganisation Service Civil International e.V. (SCI). Der SCI ist eine internationale Friedensorganisation, entstanden nach dem zweiten Weltkrieg, um zunächst junge Menschen als Freiwillige aus verschiedenen Ländern für Wiederaufbauprojekte zu gewinnen. Heute werden über den SCI weltweit Workcamps und Langzeitdienste in gemeinnützigen Projekten organisiert. Und jetzt kam das MFB ins Spiel: Zum Thema „Frieden“ fehlten noch viele Einträge, deshalb eben „Wikipedia for Peace“. Da das diesjährige Motto „Flucht und Vertreibung“ laute, habe sie sich an ihre mennonitischen Wurzeln erinnert. Deshalb fände

der diesjährige 14tägige Workshop im Berliner Menno-Heim statt. Ich bin sehr neugierig geworden, schaute in den Kalender – und sagte zu.

Der vereinbarte Termin ist da – im Menno-Heim erwarten mich 16 Menschen aus 12 unterschiedlichen Nationen, unterschiedlichen Alters und mit unterschiedlichen Motivationen: Studierende, JournalistInnen, FriedensaktivistInnen. Ein junger Mann aus Vietnam möchte Wikipedia mit Beiträgen bestücken, weil es für ihn ein Beitrag zur Bekämpfung der fehlenden Meinungsfreiheit in seinem Land bedeutet. Eine Journalistin aus Russland schreibt an einem Artikel über militärische Konflikte in Saudi-Arabien und hilft arabischen Geflüchteten in Russland beim Erlernen der russischen Sprache. Die 22jährige Teilnehmerin aus Mexiko will Artikel über Menschen auf der Flucht aus Zentralamerika schreiben, da ihre (Über-)Lebensgeschichten noch viel zu wenig bekannt und verbreitet seien. Am wenigsten hätte ich eine junge Frau aus dem Süd-Sudan erwartet – was sie von den unterschiedlichen Friedensprojekten im bürgerkriegsgeschüttelten Sudan erzählt, bei denen sie mitgewirkt hat, lässt mich innerlich den Hut ziehen vor ihr.

Viele unterschiedliche Motivationen – aber eins ist allen gemeinsam: Der Wunsch, „für den Frieden

zu schreiben“.

Selten hatte ich so interessierte ZuhörerInnen und so viele interessierte und präzise Nachfragen. Am Ende bedankten sich alle sehr herzlich bei mir. Ich wiederum bedankte mich bei ihnen: Dafür, dass sie mir zeigten, dass Frieden nicht „unmodern“ geworden ist. Dafür, dass sie mir Hoffnung geschenkt haben. Hoffnung darauf, dass sie nie enden wird: Die Sehnsucht nach Frieden, die Menschen dazu motiviert, selbst mit ihren Möglichkeiten, Ideen und Talenten zu beginnen, sich auf den Weg der Gerechtigkeit und des Friedens zu machen – ob innerhalb oder außerhalb von religiösen Institutionen.

Ich bin gespannt auf ihre Artikel!



## Übrigens ...



... konnte Sigrun Landes-Brenner (Berliner Mennoniten-Gemeinde) für die Mitarbeit im Beirat des MFB gewonnen werden – herzlich willkommen!



... plant das MFB gemeinsam mit der Church of Brethren Zimbabwe einen gemeinsamen Friedensworkshop in Simbabwe für September 2018. Dieser Workshop soll Teil einer Studienreise des MFB sein ( Platz wird für 8-10 Teilnehmende sein). Mehr im nächsten Infobrief.



... zieht die Fachkommission der GKKE (Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung) „Beitrag der Kirchen zu gerechtem Frieden in Afrika“ eine Konsultation mit Kirchen und Nichtregierungsorganisationen in Simbabwe für das Frühjahr 2018 in Erwägung. Das MFB wird involviert sein.



... ist die gemeinsame Bibelarbeit von Fernando Enns und Martina Basso vom Mennonitischen Gemeindetag 2017 unter [www.menno-friedenszentrum.de](http://www.menno-friedenszentrum.de) herunterzuladen.



... war das MFB an Planung und Durchführung eines „Pilgerwegs der Gerechtigkeit und des Friedens“ während der „Weltausstellung Reformation“ beteiligt – ein Bericht ist im Supplement der kommenden „Brücke“ zu lesen.

## **Beirat des Mennonitischen Friedenszentrums Berlin:**

Jan Lüken Schmid (Sprecher), Emden

(Nordwestdeutsche Konferenz)

Prof. Dr. Fernando Enns , Amsterdam/Hamburg

(Gemeinde Hamburg)

Maria Nickel-Froese,

Delmenhorst

(Gemeinde Hamburg)

Volker Haury , Ludwigsburg

(Gemeinde Stuttgart)

Christiane Jantzen (Kassenführung), Berlin

(Gemeinde Berlin)

Sandra Janzen, Neuwied

(Gemeinde Neuwied)

Sigrun Landes-Brenner, Berlin

(Gemeinde Berlin)

Isabell Mans, Hamburg

(Gemeinde Hamburg und

Lübeck)

Gwendolyn Tilling,

Hamburg (für den

Vorstand der VDM)

N. N. (MJN)

### **Kassenführung:**

Christiane Jantzen,

030 - 440 385 22

christiane.jantzen@t-online.de

Spenden- und Förderkonto:

Stichwort: VDM - MFB

KD-Bank Dortmund

BIC: GENODED1DKD

IBAN: DE62350601901554054028